

**Kommentare**

**Altanschießer haben recht**

**Alois Kösters** zur unsicheren Rechtslage bei Beiträgen



Recht haben die Altanschießer, die zur Kasse gebeten werden, immer gehabt: Nach mehreren Jahrzehnten rückwirkend Beiträge zu erheben, geht nicht. Im Geschäftsverkehr gelten drei Jahre Verjährungsfrist. Der Versuch, viel längere Fristen rechtssicher zu machen, ist schon ein erstaunlicher Akt von Landesregierungen, die für Bürger da sein sollten. Der Unfrieden war vorprogrammiert. Alles sieht nun danach aus, als wenn der Versuch scheitert. Den Schaden haben die Abwasserverbände, die ihre Investitionen nicht voll aus Gebühren finanzieren. Sie haben den Ärger mit Altanschießern, verlieren möglicherweise viele Millionen und werden anschließend ihre Gebühren kräftig erhöhen müssen.

Die Politik wird bald Wege finden müssen, die aus dem juristischen Dschungel hinausführen. Denn auch die Altanschießer, die brav und ohne Widerspruch bezahlt haben, müssen ihr Geld zurückbekommen. Man wird sich kaum allein auf die Rechtslage berufen können. Seite 1

**Ein Gewinn für alle Seiten**

**Elisa Sowjewa** über deutschsprachige Musik im Radio



Wenn drei sich streiten, freut sich der Hörer. Bei Sachsen-Anhalts größten Radiosendern funktioniert das hervorragend. Nachdem MDR Sachsen-Anhalt mit seiner Abkehr vom Schlager so manche Fans verprellt hatte, nutzt Konkurrent SAW nun deren Ärger, um sie für sich zu gewinnen. Er investiert in eine Spielwiese für deutsche Musik, die es hierzulande so noch nicht gab: den breit gefächerten Ableger 1A Deutsche Hits. Und der dritte Große im Bunde, Radio Brocken, zieht in Betracht, es ihm gleichzutun.

Das nutzt allen Seiten: MDR Sachsen-Anhalt muss nicht mehr um den Teil seiner Hörschaft fürchten, der bei Roland Kaiser umschaltet. SAW und Brocken können mit ihren Ablegern an Reichweite gewinnen. Vor allem aber haben die Sachsen-Anhalter eine größere Senderauswahl. Unklar ist allerdings, ob sich 1A Deutsche Hits als Digitalsender etablieren kann. Denn die Auswahl nutzt nichts, wenn man nur über sein analoges Gerät Radio hört. Kultur



Karikatur: Kostas Koufogiorgos

**Neun Milliarden Euro für Syriens Kriegsopfer**

Deutschland zahlt bis 2018 für Flüchtlingshilfe 2,3 Milliarden Euro

Die Katastrophe muss ein Ende haben.“ Angela Merkels Worte fassen zusammen, was auf der Geberkonferenz für Syrien und die Region Dutzende Male wiederholt wird.

Die Weltgemeinschaft zahlt rund neun Milliarden Euro (gut zehn Milliarden Dollar) an internationale Hilfsorganisationen für syrische Bürgerkriegsflüchtlinge. Das teilte der britische Premierminister David Cameron am Donnerstag in London nach der Syrien-Geberkonferenz mit.

Mehrere der rund 70 Staaten bei der internationalen Geberkonferenz in London sagten zusätzliche Hilfen in Milliardenhöhe zu.

„Die Katastrophe muss ein Ende haben“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) – und kündigte insgesamt 2,3 Milliarden Euro deutscher Gelder bis 2018 an. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon mahnte mit Blick auf die ausgesetzten Friedensgespräche in Genf: „Es gibt keine militärische Lösung.“

Vor allem Merkel und den Europäern ging es bei der eintägigen Konferenz darum, eine Versorgung der Flüchtlinge in der Region sicherzustellen, damit sie sich nicht auf den Weg nach Europa machen. „Die Bundesregierung ist überzeugt, dass die große Bewegung von



Zum ersten Mal seit November ist in der von syrischen Regierungstruppen belagerten Stadt Muadamiya ein Hilfskonvoi eingetroffen. Lastwagen brachten Nahrung, Hygieneartikel und Medizin für mehr als 12 000 Menschen, wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz am Donnerstag erklärte. Foto: AFP

Flüchtlingen dadurch gelöst werden kann, dass wir vor Ort die Fluchtursachen bekämpfen“, sagte Merkel, die in der Flüchtlingskrise innenpolitisch massiv unter Druck steht.

US-Außenminister John Kerry unterstrich wie viele andere Redner die verheerende Lage der Menschen in Syrien und der Region nach fünf Jahren Bürgerkrieg. Vor allem der Hunger in den belagerten

Städten sei bedrohlich; es gebe Menschen, „die Blätter und Gras essen“.

Mehr als vier Millionen Syrer haben in den Anrainerstaaten, vor allem dem Libanon, Jordanien und der Türkei, Schutz gesucht. Im vergangenen Jahr mussten die Nahrungsmittelrationen in den Flüchtlingslagern gekürzt werden – auch, weil Staaten Hilfszusagen nicht eingehalten

hatten. Das sei „unerträglich“ und dürfe nicht noch einmal geschehen, sagte Merkel. Den Geberländern geht es nicht nur um Nahrung und medizinische Versorgung, sondern auch um Bildungsangebote für die Flüchtlinge.

Deutschland zahlt nach den Worten der Kanzlerin in diesem Jahr rund 1,2 Milliarden Euro. Bisher war für 2016 etwa eine Milliarde Euro eingeplant

gewesen. Die Gesamtsumme von 2,3 Milliarden Euro will Deutschland bis 2018 zahlen. Das Geld fließt vor allem an das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR und das Welternährungsprogramm (WFP).

EU-Ratspräsident Donald Tusk kündigte an, dass die EU und die Mitgliedsländer in diesem Jahr mehr als drei Milliarden Euro für Syrien, Jordanien, den Libanon und die Türkei zur Verfügung stellen. Einer EU-Diplomatin zufolge kommen davon 1,1 Milliarden aus dem Haushalt der Union. Auch nach 2016 solle dieses Finanzierungsniveau gehalten werden, sagte Tusk in London.

Die Suspendierung der Genfer Friedensgespräche für Syrien warf einen Schatten auf London (Siehe „Auf halber Strecke“). Kerry sagte: „Wir werden zu diesen Gesprächen zurückkehren.“

UN-Sonderversmittler Staffan de Mistura hatte Gespräche in Genf für eine politische Lösung des Syrienkonfliktes nach wenigen Tagen verschoben. Sein Büro teilte am Donnerstag mit, die Verhandlungen sollten spätestens am 25. Februar wieder aufgenommen werden.

Vor echten Verhandlungen verlangt die Opposition ein Ende von Städteblockaden und die von Stopp von Angriffen der Regierungstruppen auf Zivilisten. (dpa)

**Kommentar**

**Merkels letzte Stütze**

**Steffen Honig** zu Hilfen für Syrien-Flüchtlinge



Viele Verbündete hat die Bundeskanzlerin in der Flüchtlingskrise nicht mehr. International gingen ihr die EU-Partner von der Fahne, einer nach dem anderen. Innenpolitisch kam es zum tiefen Zerwürfnis innerhalb der Union, was CSU-Chef Seehofer mit seiner Moskau-Reise gerade aller Welt deutlich macht. Damit einher geht Merkels Talfahrt in der Wählergunst.

Ihre letzte Stütze, den Ansturm einzudämmen, ist die deutsche Finanzkraft. Die kommt nun zum Tragen: Die Bundesregierung stellt in den nächsten drei Jahren 2,3 Milliarden Euro – mehr als der Jahresetat von Montenegro – zur Unterstützung der hilfebedürftigen 18 Millionen Flüchtlinge in der Region bereit. Mit diesem Geld und den Milliarden der anderen Geberländer sollen Unterkunft, Bildung und Gesundheitsversorgung in den Lagern so verbessert werden, dass sich Fluchtgedanken verflüchtigen. Das kann nur aufgehen, wenn die Rückkehr in eine befriedete Heimat winkt. Doch diese Perspektive gibt es vorerst nicht.

**Stimmen der anderen**

**Baustein gegen Sanktionen**

**Nesawissimaja Gaseta (Moskau) zum Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer bei Kremlchef Putin:** Die wirtschaftlichen Beziehungen sind derzeit deprimierend. Schon deshalb musste es bei den Gesprächen auch um die Sanktionen gehen. In Bayern werden sie als Unglück gesehen. Seehofer hat mehr als einmal gesagt, dass die Sanktionen dem gesunden Menschenverstand widersprechen. Die bayerischen Unternehmer erwarten keine rasche Aufhebung der antirussischen Maßnahmen. Aber das Sprichwort sagt: Steter Tropfen höhlt den Stein.

**Grenzkontrollen würgen Wachstum ab**

**La Repubblica (Rom) über eine dauerhafte Wiedereinführung von Grenzkontrollen in Europa:** Die Pendler zwischen Dänemark und Schweden müssen 45 Minuten mehr Zeit bei ihrer Reise einplanen, seitdem Kopenhagen die Grenzkontrollen wieder aufgenommen hat. Die Wartezeit für Autos und Lastwagen an der Grenze zwischen Frankreich und Belgien beträgt eine halbe Stunde. (...) In Europa sind 60 Millionen Lastwagen im Jahr unterwegs. Sie an jeder Grenze anzuhalten, würde den Motor des kontinentalen Wachstums sofort abwürgen.

**Griechenland muss Renten reformieren**

**Hospodarske noviny (Prag) zu den Protesten gegen die angekündigte Rentenreform in Griechenland:** Mit einem Generalstreik protestieren sie (die Griechen/d. R.) nun gegen Einschränkungen bei den Renten. Dabei ist es der einzig gangbare Weg, die höchsten Rentensätze zu senken, zugleich aber die niedrigsten zu garantieren. Kein anderer EU-Staat gibt so viel für Pensionszahlungen aus wie Griechenland – das ist nicht nachhaltig.

**Worte**

Das ist unser Rendez-vous mit der Globalisierung – ob uns diese Begegnung nun gefällt oder nicht. Davor können wir uns nicht im warmen Stübchen verstecken.“

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, CDU, in den „Ruhr-Nachrichten“ vom Donnerstag zum Flüchtlingszuzug.

„Wir haben da nicht den Hauch einer Verschwörungstheorie“.

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer versichert angesichts des russischen Medienechos auf seinen Moskau-Besuch dass er bei seinem Gespräch mit Präsident Putin keinesfalls gegen Kanzlerin Merkel agiert habe.

**„Auf halber Strecke angehalten“**

Nach nur kurzer Dauer sind die Gespräche über ein Ende des syrischen Bürgerkrieges vertagt worden

Von Jan Kuhlmann und Michael Fischer

Frauen jubeln ausgelassen, Männer in Uniformen rechnen auf den Ladeflächen von Pickups die Arme nach oben und lassen sich als Befreier feiern, Freudenschüsse sind zu hören. Einen Tag nach dem Vormarsch der syrischen Regierungsangehänger nördlich der Stadt Aleppo zeigen Bilder des regimennahen Senders Al-Mayadeen, wie die Armee und ihre Verbündeten in die Dörfer Nubul und Sahraa einrücken. Mehr als drei Jahre hatten Rebellen die Orte belagert – jetzt konnten die Regimekräfte den Ring durchbrechen.

Es ist ein Sieg der Armee, der auch rund 3500 Kilometer

entfernt große Auswirkungen zeigte. Denn während Syriens Soldaten mit iranischer und russischer Hilfe die Angriffe in Nordsyrien verstärkten, musste UN-Vermittler Staffan de Mistura in Genf einsehen, dass die Friedensgespräche zwischen Regime und Opposition in einer Sackgasse stecken. Er sah keinen anderen Ausweg, als die lang erwarteten Verhandlungen auf Ende Februar zu vertagen.

Nach nur wenigen Tagen stand in der Schweiz fest, dass die Kluft zwischen den Forderungen der Opposition und der realen Lage im Land zu groß ist. Wieder und wieder verlangten die Gegner von Präsident Baschar al-Assad das Ende

der syrischen und russischen Angriffe auf Zivilisten, stattdessen intensivierte Moskaus Luftwaffe ihre Flüge. Auch dem von der Opposition geforderten Ende von Blockaden durch das Regime kamen die Gespräche kaum näher – vielmehr laufen Teile der Metropole Aleppo nach dem Vormarsch der Regimetreuppen nun Gefahr, belagert zu werden.

Mit der Unterbrechung der Gespräche zog de Mistura die Bremse. Damit gesteht der erfahrene Diplomat auch ein, dass ihm bei der derzeit wichtigsten Frage die Hände gebunden sind: einem Waffenstillstand. Denn dieser kann nur zwischen den beiden größten

Mächten ausgehandelt werden, Russland als Unterstützer des Regimes und den USA als Verbündeter der Opposition. „De Mistura hat den Ball dorthin zurückgespielt, wo er hingehört“, heißt es aus diplomatischen Kreisen. „Und zwar rechtzeitig, bevor die Gespräche ins Leere laufen.“

So schauen Diplomaten und Kriegsparteien nun auf die Münchner Sicherheitskonferenz in der nächsten Woche, in deren Umfeld es zum nächsten Treffen aller in Syrien engagierten Mächte kommen soll. Sprechen wollen die Teilnehmer vor allem über Waffenstillstände und humanitäre Hilfsleistungen für blockierte syrische Gebiete. Aus Genfer Verhand-

lungskreisen ist zu hören, eine funktionierende Verständigung zwischen den USA und Russland sei eine Grundvoraussetzung für den weiteren Verhandlungsprozess.

Trotz der Unterbrechung sehen Diplomaten die Gespräche nicht als gescheitert an. „Der Zug hat auf halber Strecke angehalten, aber die Passagiere sind nicht ausgestiegen“, heißt es aus Genf. Und in der Tat ist es als Erfolg zu bewerten, dass in der Schweiz überhaupt ein Verhandlungsprozess begonnen hat. Weder sei es dem Regime gelungen, einen Boykott der Opposition zu provozieren, noch hätten die Regimegegner mit dem Abbruch der Verhandlungen gedroht, ist zu hören. (dpa)